

**Titel: 49-Euro-Ticket als Jobticket für Verwaltung und städtische
Gesellschaften****Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI**

Federführung:	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI	Datum:	02.06.2023
Einreicher:	Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI		

Beratungsfolge	Termin	
----------------	--------	--

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie und unter welchen Bedingungen ein Jobticket auf Basis des 49-Euro-Tickets (Deutschlandticket) für die Beschäftigten der Verwaltung, der Beteiligungen und der Tochtergesellschaften der Hansestadt Stralsund umgesetzt werden kann.

Das Prüfungsergebnis soll den Ausschüssen Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung sowie dem Finanz- und Vergabeausschuss bis zum 30. September 2023 vorgestellt werden.

Begründung:

Die Einführung des Deutschlandtickets beinhaltet Möglichkeiten für Arbeitgeber*innen, ihren Beschäftigten das Deutschlandticket als Jobticket bereitzustellen, so etwa durch teilweise Übernahmen des Ticketpreises durch Bund und Länder.

Wir halten es für sinnvoll, diese Möglichkeiten zu prüfen und eine Grundlage dafür zu schaffen, dass Mitarbeiter*innen bei der Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs unterstützt werden. Nicht zuletzt wäre dies ein Beitrag zum Klimaschutz und zur Mobilitätswende.

Wir halten es zudem für sinnvoll, in diese Prüfung auch die Auswirkungen bei Einführung eines städtischen 9-Euro-Tickets einzubeziehen.

Jürgen Suhr
Fraktionsvorsitzender